Nr. 258 — **20. Jahrg.**
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 8. November 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Monatlich frei Haus Ausgabe B 5.50 ℳ, Ausgabe A (mit illustrierter Beilage) 6.— ℳ, zweimonatlich 11.— ℳ bezw. 11.50 ℳ, vierteljährlich 15.25 ℳ bezw. 16.75 ℳ einschließlich Postbestellgeld. Einzelnummer 40 ₰. Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.60 ℳ, im Reklameteil 4.— ℳ. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das neue preußische Kabinett

Das Kabinett

Berlin, 6. November. Nach langwierigen Verhandlungen in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen ist im preußischen Landtag kurz vor der Plenarsitzung, in der der Ministerpräsident zu wählen ist, eine **Vereinbarung über die Zusammensetzung des preußischen Kabinetts** zustande gekommen. Danach übernimmt der sozialdemokratische Abg. Otto Braun das Ministerpräsidium. Die einzelnen Ressorts verteilen sich folgendermaßen:

Präsidium: **Braun** (Soz.);
Inneres: **Severin** (Soz.);
Handel: **Siering** (Soz.);
Kultus: **Dr. Bölitz** (D. Vp.);
Finanzen: **Dr. v. Richter** (D. Vp.);
Landwirtschaft: **Dr. Wendorff** (Dem.);
Justiz: **Dr. Am Zehnhoff** (Zentrum);
Volkswohlfahrt: Ein Mitglied des Zentrums.

Der Landtag hat den Minister **Otto Braun** mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum **Ministerpräsidenten** gewählt.

Für das noch unbesetzte **Wohlfahrtsministerium** will die Zentrumsfraktion die Abgg. Professor **Lauscher** oder **Gronowski** in Vorschlag bringen. Beide Herren sollen aber nicht sehr geneigt sein, das Amt anzunehmen. Der bisherige Volkswohlfahrtsminister und Ministerpräsident **Stegerwald** hat seinen festen Entschluß bekundet, dieses Ministerium, das man für ihn freihielt, nicht weiter zu verwalten. — Für das **Handelsministerium** ist der Deutschen Volkspartei der Posten eines Staatssekretärs zugesagt worden.

Grundsätze der neuen preußischen Regierung

Die Parteien der „großen Koalition", also Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie, haben Grundsätze für ihre Regierung vereinbart, die der „Vorwärts" wiedergibt:

1. Zur Sicherung der Staatsordnung genügt nicht das selbstverständliche, rein formale Bekenntnis der Beamtenschaft zur Beachtung der Verfassung. Die Beamten sind vielmehr, unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung, im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und aktiv für die Autorität des gegenwärtigen Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Ihre Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist eine der Voraussetzungen für die Besetzung der Aemter, bei der auf die persönlichen Eigenschaften, sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Anwärter in erster Linie Gewicht zu legen ist. Für die Schutzpolizei in Preußen gelten die vorstehenden Grundsätze entsprechend den besonderen Verpflichtungen dieser Beamten.

2. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.

3. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden unter Wahrung der Staatsnotwendigkeiten.

4. Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung.

5. Förderung einer durchgreifenden Justizreform.

6. Eine größere Selbständigkeit der preußischen Finanzen ist anzustreben. Für Staat und Gemeinde sind möglichst eigene ausreichende Einnahmequellen zu erschließen. Hierbei ist der Besitz nach Maßgabe der von der Reichsgesetzgebung belassenen Besteuerungsmöglichkeit in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit heranzuziehen.

7. Abspliterungsbestrebungen von Preußen sind nicht zu unterstützen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten erklärt die Deutsche Volkspartei, daß etwaige Absichten, die Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln und diese Aktien in den Börsenverkehr zu bringen, nicht vorhanden sind. Es kann weiter festgestellt werden, daß über die Auseinandersetzungen des preußischen **Staates mit der Krone Hohenzollern** ein Einverständnis unter den Parteien bisher nicht zu erzielen war.

Die große Koalition

Alle Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Wirth, alle Bemühungen auch der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages, die sogenannte große Koalition, die Koalition der Mitte von Deutscher Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie zusammenzubringen, sind noch vor knapp zwei Wochen im Reiche gescheitert. Sie sind gescheitert an der Frage, ob zu den wirtschaftlichen Verhandlungen wegen Oberschlesien Delegierte entsandt werden sollen oder nicht. Sie sind in erster Linie gescheitert an der Haltung der Deutschen Volkspartei in dieser Frage. Im Reiche kam infolgedessen bekanntlich ein Koalitionsministerium überhaupt nicht mehr zustande. In letzter Stunde erbat sich Dr. Wirth von seiner Fraktion im Reichstage die Genehmigung, ein **Kabinett der Persönlichkeit** zusammenzustellen ohne Bindung der dafür in Frage kommenden Fraktionen. Es wurde von vornherein kein Zweifel darüber gelassen, daß es sich hier nur um ein **Uebergangskabinett** handeln könne, und es lag auch auf der Hand, daß die Veränderung der Verhältnisse im Reiche Folgerungen für Preußen ziehen würde. In **Preußen** lagen ja die Verhältnisse besonders eigenartig. Die Vorgänge im preußischen Landtage nach den Preußenwahlen im Februar d. Js. sind noch in aller Erinnerung. Nach vielem Mühen und Weben bildete **Stegerwald** ein Kabinett aus Zentrumsleuten, Demokraten und einigen Fachministern. Auch Stegerwald hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es sich hierbei nur um einen Uebergangszustand handeln könne. Sein Ziel war vor allem und von Anfang an die große Koalition. In Preußen trieben nun die Dinge rascher zur Entscheidung, als man annehmen konnte, und das Ziel Stegerwalds, nämlich **die große Koalition**, scheint erreicht zu sein.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hat alles versucht, um Stegerwald zu halten. Es ist das nach Lage der Dinge leider nicht gelungen. Selbstverständlich mußte in erster Linie darauf gesehen werden, das gesteckte Ziel zu verwirklichen, ganz gleich, ob mit oder ohne Stegerwald. Die Regierung in Preußen besteht nunmehr aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Demokratischen Partei und der Mehrheitssozialdemokratischen Partei. Die Koalition ist äußerlich gesichert dadurch, daß der Mehrheitssozialdemokrat Otto Braun mit 197 von 338 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, nachdem vorher eine Einigung über die Verteilung der Ministerien erzielt war. Am kommenden Donnerstag wird sich das neue preußische Kabinett dem Landtage vorstellen.

Es darf von vornherein darüber nicht der geringste Zweifel bestehen, daß **diese große Koalition in Preußen schweren Belastungsproben ausgesetzt** sein wird. [illegible] sich an einer erweiterten Koalition zu beteiligen. Das Zustandekommen der großen Koalition steht [illegible] des Görlitzer Parteitagsbeschlusses. Aber man darf doch nicht vergessen, daß in der eigenen Mehrheitssozialdemokratischen Partei [illegible] Zustimmung [illegible] fordern man [illegible] berücksichtigen, daß damit die Vorgänge bei der [illegible] im Reiche für die Verhandlungen zwischen Deutscher Volkspartei und Mehrheitssozialdemokratie [illegible] Auf der andern Seite kommt dazu, daß bereits Gerüchte im Umlauf sind, die von einer Spaltung in der [illegible] der Deutschen Volkspartei im Landtage sprechen. Wir können [illegible] daher den deutschnationalen „Dresdner Nachrichten" [illegible] wenn sie in der heutigen Morgenausgabe erklären, „daß an die große Koalition keine überschwenglichen Hoffnungen geknüpft werden dürften". Die Gründe dafür haben wir eben angegeben. Wenn das genannte deutschnationale Blatt aber glaubt, daß auch deswegen, weil „die Deutschnationalen wegen des [illegible] durch Dr. Wendorff und wegen der [illegible] Otto Brauns scharfe Opposition ankündigen", die Hoffnungen gering seien, so ist das falsch. Damit mußte von vornherein gerechnet werden, daß die Opposition auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken unter allen Umständen scharf einsetzen wird. Es kommt vielmehr darauf an, ob die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie in sich gefestigt ist oder nicht. Ist diese große Koalition in ihren Grundsätzen sich einig und stark, dann wird sie auch die Opposition von Rechts und Links ertragen können.

Ob sie das aber ist, das ist die große Frage, auf die ja die [illegible] Zeitungsmeldungen zufolge haben die Parteien der neuen Koalition bereits **gewisse Grundsätze** vereinbart, in denen es u. a. heißt, daß zur Sicherung der Staatsordnung nicht das selbstverständliche, rein formale Bekenntnis der Beamtenschaft zur Beachtung der Verfassung genügt; die Beamten seien vielmehr, unbeschadet der Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung, im übrigen verpflichtet, die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln

Die Kredithilfe der Industrie

Berlin, 6. November. Die Plenarsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich mit der Frage der Fortführung der **Kreditaktion**. Der von Hachenburg ausgearbeitete Entwurf des Reichswirtschaftsrates über die Verteilung der Kreditrate auf die einzelnen Erwerbsgruppen wurde als unzweckmäßig abgelehnt. Die vielstündige Debatte drehte sich um die Frage, **ob die Kreditaktion** angesichts der jetzigen veränderten Umstände (Oberschlesien, Valutasturz, Wiesbadener Abkommen) **überhaupt fortgeführt werden solle.** Gegen die Fortführung waren Hugenberg, Dr. Silverberg und Stinnes, Geheimrat Duisberg (Farbenfabrik Leverkusen), Geheimrat Wiedfeld vom Kruppdirektorium und der frühere Reichsschatzminister v. Raumer setzten sich für die die Fortsetzung der Aktion ein. Reichsbankpräsident **Havenstein** riet dringend dazu, die Kreditaktion nicht abzubrechen, da die Wirkung auf die Valuta sehr ungünstig sein würde. Einzelne Redner, u. a. Geheimrat Wiedfeld glaubten, daß man ohne eine Zwangsorganisation nicht auskommen werde. Die

Entschließung,

die schließlich angenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Verhandlungen über die Kreditaktion eingesetzten Ausschuß, der angemessen zu ergänzen ist, unter Hinzuziehung der deutschen Banken, die Verhandlungen zunächst mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reiches für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des staatlichen Lebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß es sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zur produktiven Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß aus unproduktiven solche Unternehmungen gemacht werden, die Erträge bringen, die zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Golddarlehns ausreichen und dadurch die jetzt vorübergehend eintretende Industrie entlasten.

Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein **fester Plan** für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine **Mitgliederversammlung** des Reichsverbandes der Deutschen Industrie damit befaßt werden soll.

Es ist nicht diskutiert worden, wie in Durchführung des Münchner Entschlusses die Kreditaktion zu Ende zu bringen sei, sondern ob eine Kreditaktion überhaupt noch durchgeführt werden soll. Die Frage lautete: **Fortführung der Erfüllungspolitik oder Erklärung der deutschen Zahlungsunfähigkeit.**

Der deutsch-französische Handel

Paris, 6. November. Der **Temps** veröffentlicht die Statistik des deutsch-französischen Handels in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August d. J.: Deutschland habe außer der Friedensvertragskohle nur für 866 482 000 Frank Waren innerhalb neun Monaten nach Frankreich eingeführt (i. V. 1 035 927 000 Frank). In der gleichen Zeit habe Frankreich nach Deutschland eingeführt 1 622 940 000 Frank Ware; das bedeute gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 1920 eine Verdoppelung der französischen Einfuhr nach Deutschland.

Nollets Bericht über die deutsche Entwaffnung

Paris, 6. November. In seinem letzten **Bericht über den Stand der Entwaffnung Deutschlands** und die von der deutschen Regierung ergriffenen Maßregeln, das Ultimatum vom 8. Mai zu erfüllen, sagt General **Nollet**: Die 600 Geschütze, die für die Festungen Königsberg und Küstrin zurückgehalten waren, sind abgeliefert und zerstört worden, ebenso die 600 Geschütze der Küstenbefestigung an der Nordsee, die über die zulässige Zahl noch vorhanden waren. Im allgemeinen vollzieht sich die Ablieferung und Vernichtung des Materials ordnungsmäßig. Nach der vom Interalliierten Ueberwachungsausschuß geführten Kontrolle sind bis zum 17. September abgeliefert und soweit es sich ausschließlich um für Heereszwecke verwendbares Material handelt, zerstört, sonst vom Ueberwachungsausschuß verkauft worden: 32 800 Geschütze, 11 050 Minenwerfer, 81 000 Maschinengewehre, 29 000 Handwaffen, 35 Millionen geladene und 2 Millionen ungeladene Granaten, 50 000 Munitionswagen, 55 000 militärische Fahrzeuge, 11 000 Feldküchen, 1150 Feldbacköfen, 18 000 Pontons und zahlreiches weiteres Heeresgerät. Was die Entwaffnung der Bürgerwehren und der alten Polizei anlangt, so sind die Einwohnerwehren, die Orgesch und die Sipo aufgelöst worden. Dem Ueberwachungsausschuß sei die dem Friedensvertrag widersprechende Bildung einer zentralisierten Polizei nicht entgangen. Er habe sofort der deutschen Regierung eine Forderung zugestellt. Auch die [illegible] für den Reichsbedarf [illegible] werden könnten. [illegible] Auf die Anfrage Briands an General Nollet [illegible] stand der deutschen Regierung [illegible] Die deutsche Regierung [illegible] Frage ebenso behandeln, wie sie es in allen anderen getan habe.

Die Regelung der internationalen Schulden

Paris, 6. Nov. „Chicago Tribune" berichtet aus Washington, die amerikanische Regierung bemühe sich noch vor dem Zusammentritt der Konferenz, eine Formel für die Regelung der alliierten Kriegsschulden zu finden. „Chicago Tribune" teilt mit, daß die Pariser Konferenz für die Regelung der Schuldenfrage, die Kosten für den **Unterhalt der vier Besatzungsarmeen** seit dem Waffenstillstand auf eine Milliarde Dollars schätze. Das stelle mehr als die Hälfte sämtlicher Barzahlungen und Sachleistungen Deutschlands dar.

London, 5. November. Die Beratungen in einer Sondersitzung des britischen Nationalkomitees der Internationalen Handelskammer haben zu der Annahme einer Entschließung geführt, in der es heißt, kein Vorschlag zur Regelung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Welt könne wirksam sein, wenn nicht zu allererst die **internationale Abrüstung** unter den notwendigen Garantien in großem Umfange durchgeführt werde. Weiter heißt es, die Fragen der **interalliierten Schulden** und der **deutschen Verpflichtungen** seien eng miteinander verknüpft und müßten gemeinsam behandelt werden. Bei der augenblicklichen Lage der internationalen Wechselkurse sei es unmöglich, irgendwelche Maßnahmen vorzuschlagen, durch die die deutschen Reparationszahlungen unmittelbar als Grundlage für irgendeine Finanzoperation auf dem Geldmarkte der Welt benutzt werden könnten. Der britische Nationalausschuß der Internationalen Handelskammer weist die britische Regierung darauf hin, daß es wünschenswert sei, in Verhandlungen einzutreten zwecks **Herabsetzung bezw. Streichung der Kriegsschulden** der alliierten Nationen an Großbritannien. Der Ausschuß hebt von neuem die Notwendigkeit der Teilnahme der Vereinigten Staaten bei allen Maßnahmen hervor, die zum Aufbau des internationalen Handels und der internationalen Beziehungen getroffen würden.